

„Bündnis für eine Soziale Stadt“ gegen Kürzungen in der Städtebauförderung

Die drohende völlige Abschaffung des Programms „Soziale Stadt“ gefährdet die Erfolge, die Deutschland im Unterschied zu vielen anderen Ländern beim friedlichen Zusammenleben der Menschen in benachteiligten Stadtquartieren vorweisen kann. Deshalb haben die Auslober des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt“ gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund zur Gründung eines Bündnisses für eine Soziale Stadt aufgerufen. Mit Blick auf die Beratungen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2012 fordert das Bündnis dazu auf, das Programm „Soziale Stadt“ im Jahre 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern und die für 2011 beschlossene Kürzung der Bundesmittel von 95 Mio. Euro auf 28 Mio. Euro im kommenden Jahr wieder zurückzunehmen. Die Bündnispartner fordern darüber hinaus, die im Jahre 2011 nur noch eingeschränkt mögliche Verknüpfung investiver und nichtinvestiver Maßnahmen als Kernpunkt des Programms wieder in vollem Umfang zuzulassen und den Ausschluss des Programms „Soziale Stadt“ aus der Möglichkeit der Umverteilung von Bundesmitteln zwischen den Programmen der Städtebauförderung wieder aufzuheben.

Städtebauförderung am Ende?

Deutschlands Städte stehen am Scheideweg: zukunftsorientierter Wandel oder schleichender Verfall – sozialer Zusammenhalt in starken Bürgerschaften oder soziale Spaltung in überforderten Nachbarschaften. Mit Sorge und Unverständnis sehen die Aufrufer des „Bündnisses für eine Soziale Stadt“, dass die unverhältnismäßige Kürzung der gesamten Städtebauförderung im Haushaltsjahr 2011 von ursprünglich 610 Mio. Euro auf 455 Mio. im Haushaltsansatz für 2012 seine Verschärfung findet: nunmehr sind in den vorliegenden Haushaltsansätzen nur noch 266 Mio. Euro eingeplant. Das bedeutet die faktische Abschaffung eines über 40 Jahre quer durch alle Parteien im Konsens getragenen Erfolgsprogramms, da nur noch die Ausfinanzierung laufender Projekte möglich sein wird. Und das, obwohl der schleichende Verfall der Städte genauso wie die Erosion der städtischen Gemeinwesen für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar voranschreitet. Politikverdrossenheit und Abwendung statt Teilhabe an der lokalen Demokratie sind Folgen, die in benachteiligten Stadtquartieren bereits heute zu konstatieren sind.

In besonderem Maße von überproportionaler Kürzung betroffen ist das Programm „Soziale Stadt“, das wie kein anderes Teilprogramm der Städtebauförderung auf die Mitwirkung der Bevölkerung an der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zielt. Bereits Mitte der 1990er Jahre wurde dieses Programm unter Bauminister Klaus

Töpfer konzeptionell vorbereitet. Der mit einer Grundsatzrede von Bundespräsident Roman Herzog eröffnete Kongress „Überforderte Nachbarschaften“ war 1999 der zivilgesellschaftliche Startschuss für den neuen Ansatz, bauliche Investitionen mit sozialen Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung zu verknüpfen. Dahinter stand die Erfahrung, dass die Aufwertung benachteiligter Stadtquartiere nur dann nachhaltig gelingen kann, wenn man als Ergänzung des Baulich-Investiven das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen unterstützt.

Eindrucksvolle Preisträger im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2010“

Um den innovativen Politikansatz des Programms Soziale Stadt zu unterstützen, hat ein Verbund von Auslobern – AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Schader-Stiftung sowie vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung – im Jahr 2000 den bundesweiten Wettbewerb zum „Preis Soziale Stadt“ ins Leben gerufen.

Über 1.000 Projekte wurden seit 2000 eingereicht und publik gemacht. Sie zeigen, wie sozialen Konflikten innerhalb von Nachbarschaften, der sozialen Entmischung sowie der krisenhaften Entwicklung ganzer Wohnquartiere begegnet werden kann und wie Integrationserfolge erzielt sowie nachhaltig gesichert werden können. Die Ergebnisse auch des Wettbewerbs 2010 bestätigen eindrucksvoll die Bedeutung des Programms „Soziale Stadt“. Es muss auch in Zukunft ein zentrales Instrument der Städtebauförderung bleiben, das die Initiativen zahlreicher Akteure bei der sozialen Stabilisierung benachteiligter Quartiere wirksam unterstützt. Die für das Jahr 2011 von der Regierungskoalition beschlossene radikale Kürzung des Programms „Soziale Stadt“ beseitigt dessen bedeutungsvollen strategischen Ansatz. Kernanliegen und Erfolgsgarantie des Programms, nämlich die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen, werden im Jahr 2011 nur eingeschränkt zugelassen. Das bedeutet faktisch das Aus für das „Soziale“ im Programm „Soziale Stadt“.

Die auf der Preisverleihung im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2010“ am 13. Januar 2011 in Berlin ausgezeichneten Projekte haben eindrucksvoll belegt, welchen großen Nutzen das Zusammenspiel baulicher Investitionen und sozialer Maßnahmen hat, um Konflikte innerhalb der Wohn- und Stadtquartiere friedlich zu bewältigen. Dass nach Schätzungen 90% der Mittel aus dem Programm Soziale Stadt für bauliche Maßnahmen eingesetzt werden, entspricht der Logik der Städtebauförderung als investivem Leitprogramm der Stadtentwicklungspolitik

Damit wird zugleich deutlich, mit welchem geringem Mittelvolumen die begleitenden sozialen Maßnahmen ihre Wirkung für nachhaltige Investitionen entfalten. Von großem Nutzen ist zudem deren Bündelungswirkung: Dort, wo benachteiligte Quartiere durch das Programm Soziale Stadt gefördert werden, wird die

ressortübergreifende Kooperation angeregt. Mittel aus den Bereichen der Arbeitsmarktpolitik und der Bildungs- und Sozialpolitik kommen dort in besonderem Maße zum Einsatz.

Aufruf zum Mitmachen

Nach dem Aufruf zum Bündnis für eine Soziale Stadt anlässlich der Pressekonferenz zur Preisverleihung im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2010“ wurden bereits diverse Aktivitäten zum Erreichen der Bündnisziele gestartet:

- Eine „Geschäftsstelle“ beim vhw sowie eine eigene Homepage wurden eingerichtet: www.buendnis-soziale-stadt.de
- Hier werden laufend Unterstützer des Aufrufes aufgelistet und verlinkt.
- Briefe mit dem Anliegen des Bündnisses wurden an alle Bundestagsabgeordneten sowie die Ministerpräsidenten gesandt.
- Alle Programmgebiete im Programm Soziale Stadt wurden angeschrieben mit der Bitte, sich an die örtlichen Bundestagsabgeordneten zu wenden.
- Die Mitglieder von fünf Bundestagsausschüssen wurden zu einem parlamentarischen Abend am 21. März 2011 in die Vertretung Hamburgs in Berlin geladen.
- Die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte in den Wahlkreisen derjenigen Bundestagsabgeordneten, die für die Regierungskoalition im Haushaltsausschuss sitzen, wurden angeschrieben mit der Bitte, ihre Vertreter im Bundestag über die konkreten Auswirkungen für die Projekte in ihrem Wahlkreis zu informieren.

Es ist unabdingbar, an der Weiterentwicklung und an der Effektivität der Maßnahmen zum Zusammenleben der Menschen in den Quartieren großer und kleiner Städte, im ländlichen wie im Metropolenraum, zu arbeiten. Entscheidend wird sein, dass die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort so gelingt, dass eine selbsttragende positive Entwicklung in Gang gesetzt und das Miteinander in den Stadtteilen befördert wird.

Das Bündnis für eine Soziale Stadt fordert alle, die sich für sozialen Frieden und solidarischen Zusammenhalt in den Wohn- und Stadtquartieren Deutschlands engagieren, zur Fortsetzung der erfolgreichen integrierten Stadtentwicklungspolitik auf der Grundlage der Städtebauförderung auf: Treten Sie unserem Bündnis bei und unterstützen Sie in den nächsten Monaten die Forderung, das Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern. Denn das Programm leistet einen wichtigen Beitrag, um die soziale Stabilität in unseren Städten zu sichern!

Deutscher Städtetag

GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs und Immobilienunternehmen

AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung

Schader-Stiftung

Deutscher Mieterbund

Dr. Frank Jost ist Stadtplaner und Wissenschaftlicher Referent beim vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin sowie Sprecher der Arbeitsgruppe 4 „Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft“ im BBE.

Kontakt: fjost@vhw.de